

**Zusatzpunkt 9: Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP:  
Forderungen der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Dr. Gesine Löttsch,  
Wege zum Kommunismus auszuprobieren – Opfer nicht verhöhnen  
21. Januar 2011**

9638

Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode – 85. Sitzung, Berlin, Freitag, den 21. Januar 2011

Günter Baumann

- (A) Meine Damen und Herren, diese Partei muss weiterhin vom Verfassungsschutz kontrolliert werden. Das ist absolut notwendig; es ist gerichtlich bestätigt. Wir müssen wachsam sein. Diese Partei möchte die Grundordnung des Staats zerstören, ein anderes System aufbauen. Das werden wir als Demokraten nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gerade für uns aus den neuen Bundesländern, die wir heute in demokratischen Parteien arbeiten dürfen, die wir dankbar sind, im Bundestag sein zu dürfen, die wir jeden Tag Demokratie live erleben, ist es Verpflichtung, uns mit all unseren Mitteln dagegenzustellen. Dies darf nicht wieder passieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie der Abg. Johannes Kahrs [SPD] und Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Dr. Jung für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Jetzt reden wir über die jüdischen Testamente, nicht? – Gegenruf der Abg. Maria Michalk [CDU/CSU]: Sie scheuen ja vor nichts zurück!)

- (B) **Dr. Franz Josef Jung (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich an dem historischen 9. November 1989 nach Ostberlin gefahren bin, um mich mit Reformkräften der CDU zu treffen, die den Brief aus Weimar für Meinungsfreiheit, für Reisefreiheit, für Rechtsstaat, für Demokratie in der DDR geschrieben hatten, hatten wir auch die Absicht, über Werte auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes zu sprechen, über Werte unseres Grundgesetzes. Das Grundgesetz hatte ich damals dabei. Aber ich musste es verstecken, weil die Grenzwächter des real existierenden Sozialismus es mir sonst abgenommen hätten. Daran wird deutlich – ich fand, der Kollege Baumann hat das sehr überzeugend dargestellt –:

(Ulrich Maurer [DIE LINKE]: Sagen Sie mal, in welche Partei er 1972 eingetreten ist! – Gegenruf des Abg. Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Hören Sie doch einfach zu! Dann können Sie etwas lernen!)

Im Sozialismus und Kommunismus der DDR gab es weder Meinungsfreiheit noch Reisefreiheit, freie Wahlen und Demokratie. Was es gab, war Unfreiheit, Unterdrückung, Stasibesitzung, waren Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl. Einen derartigen Sozialismus und Kommunismus darf es auf deutschem Boden nicht mehr geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN

und des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]) (C)

Ich erinnere mich daran – und viele mit mir –, wie sich die Bürger damals, während der friedlichen Revolution, vom Joch des Kommunismus befreit haben und sich eindeutig zu Werten wie Freiheit, zu Werten unseres Grundgesetzes bekannt haben. Ich denke, deswegen darf es kein Zurück geben. Das Elend des Kommunismus, das es auf deutschem Boden gegeben hat, muss für immer der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Maurer, für mich war das, was Sie hier ausgeführt haben, bezeichnend. Sie haben im Grunde genommen alles gerechtfertigt.

(Ulrich Maurer [DIE LINKE]: Ach!)

Sie haben gezeigt, was Ihre geistigen Wurzeln sind. Ich sage Ihnen, der Sie zur Nachfolgepartei der SED gehören: Ich bin und bleibe der Auffassung, dass die geistigen Väter und Mütter von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl in Deutschland keine politische Verantwortung mehr tragen dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Maurer [DIE LINKE]: Sie sind die Nachfolgepartei der Ost-CDU!)

Herr Kollege Thierse, Ihre Ausführungen haben mich sehr nachdenklich gestimmt. Ich kann Ihnen sehr wohl zustimmen. Was ich nicht nachvollziehen kann, ist, dass die SPD mit einer solchen Partei in Berlin und in Brandenburg eine gemeinsame Regierung bildet. Das sage ich im Übrigen auch an die Adresse der Grünen. Herr Wieland, ich kann Ihre Ausführungen ebenfalls sehr gut nachvollziehen. Ich kann mich auch noch sehr gut an das Bündnis 90 erinnern. Sie führen es in Ihrem Namen, und einige sind sogar noch im Parlament. (D)

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Wie man sich aber von einer so antidemokratischen Partei, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, in Nordrhein-Westfalen tolerieren lassen kann, nur um der Macht willen, kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CDU toleriert uns viel mehr als die Linke!)

In dieser Woche hat der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der übrigens Mitglied der SPD ist, die Notwendigkeit formuliert, dass die Linke weiter vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Wenn die Parteivorsitzende der Linken den Weg in den Kommunismus gehen will und die stellvertretende Parteivorsitzende die Kommunistische Plattform vertritt, dann ist das mit den Werten unseres Grundgesetzes nicht in Übereinstimmung zu bringen. Das zeigt, dass sie sich gegen unsere Verfassung richten. Deshalb sind alle Demokraten aufgerufen, ihnen ein eindeutiges Nein entgegen-

**Dr. Franz Josef Jung**

- (A) genzurufen, sich abzugrenzen und nicht mit einer solchen politischen Gruppierung zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich finde es bezeichnend, dass Frau Löttsch hier, im Deutschen Bundestag, einen Mitarbeiter beschäftigt, der eine Stasivergangenheit hat.

(Ulrich Maurer [DIE LINKE]: Endlich!)

Das sind Folgewirkungen. Das kommt daher, dass Sie eine derartige Vergangenheit haben.

Lassen Sie mich auch Folgendes sagen: Der Kommunismus – das wurde bereits vorgetragen –, der so viel Elend, so viel Unmenschlichkeit und Tod in diese Welt gebracht hat, ist gescheitert, weil er sich gegen die Natur des Menschen richtet. Der Mensch ist nicht unfehlbar in der klassenlosen Gesellschaft. Der Kommunismus ist immer verbunden mit Unfreiheit, mit Unterdrückung und Diktatur. Das darf und kann nicht die politische Zielvorstellung in einem demokratischen Parlament sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie der Abg. Hans-Joachim Hacker [SPD] und

Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]) (C)

Der Kommunismus gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Er hat in all seinen Ausprägungen versagt. Eine derartige Perspektive kann es nicht mehr geben. Deshalb ist es notwendig, dass auch die Bürgerinnen und Bürger den Linken die Rote Karte zeigen. Mit solchen Zielvorstellungen dürfen sie keine politische Verantwortung in Deutschland tragen.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 26. Januar 2011, 13 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16.39 Uhr)

